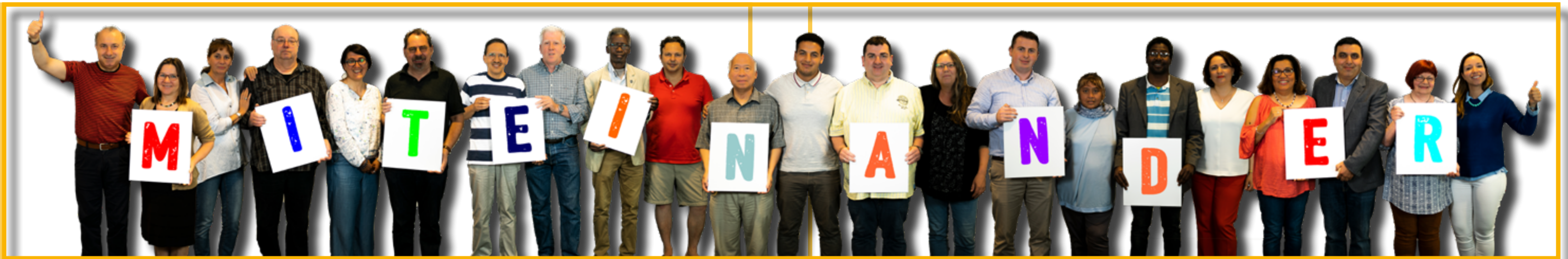


**Möglichkeiten politischer Partizipation  
von Menschen mit Migrationshintergrund  
in Niedersachsen**



**Jahresrückblick der kommunalen  
Migrantenvertretungen  
2018**

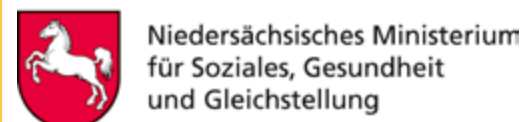


**Impressum:**

**Herausgeber, Verleger, Redaktionsanschrift**

Niedersächsischer Integrationsrat  
 Wedekindstraße 14  
 30161 Hannover  
 Telefon: 0511 - 338 798 54  
 Fax : 0511 - 338 798 42  
 nds-integrationsrat@nds-integrationsrat.de  
 www.nds-nir.de

**Gefördert durch:**



- Layout und Gestaltung: Thomas Zettelmann
- Fotos: Thomas Zettelmann Fotografie
- Deckblattfoto : @Robert Kneschke/Fotolia.com
- Rückenfoto : @Thaut Images/Fotolia.com
- Grafik Seite 14: @Matthias Enter/Fotolia.com
- Foto Seite 15 : @Photocreo Bednarek/Fotolia.com

**Inhalt:**

Vorwort Ministerin Carola Reimann	Seite 4
Vorwort des Vorstands des NIR	Seite 5
Was und wer ist der NIR	Seite 6
Die Delegierten des NIR	Seite 7
Stellungnahme zum mehrsprachigen Unterricht	Seite 9
111. Plenarsitzung ( <i>Hildesheim</i> )	Seite 10
112. Plenarsitzung ( <i>Hannover</i> )	Seite 15
Ma(h)l - Zeit, <b>SO bunt ist Garbsen</b>	Seite 16
113. Plenarsitzung ( <i>Salzgitter</i> )	Seite 17
NDR Summer School ( <i>Hannover</i> )	Seite 20
Gemeinsam Migrationsgesellschaft gestalten	Seite 21
Mehrsprachigkeit an Schulen	Seite 21
Niedersachsen packt an	Seite 23
Abend der Begegnung in Garbsen	Seite 24
Diversity Management	Seite 25
Migration und Teilhabe im Kultusressort	Seite 26
Hansestadt und Landkreis Lüneburg verleihen Integrationspreis	Seite 27





Ministerin Dr. Carola Reimann

**Grußwort der Niedersächsischen Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Dr. Carola Reimann, für eine Broschüre über die Aktivitäten des NIR (Niedersächsischer Integrationsrat) in 2017**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

„Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert“, hat Willy Brandt einmal gesagt. Mitverantwortung, das heißt auch und gerade Mitgestalten, zum Beispiel in der Kommune aktiv zu werden. Viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte übernehmen in diesem Sinne bereits Mitverantwortung. Sie engagieren sich unter anderem in Integrations- oder Migrationsräten oder arbeiten in kommunalen Ausschüssen mit. Und da es eine alte Erfahrung ist, dass man gemeinsam mehr erreichen kann, haben sich die kommunalen Vertretungen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Niedersächsischen Integrationsrat (NIR) zusammengeschlossen. Der NIR hat eine wichtige Brückenfunktion als ein Forum für den Austausch untereinander, aber auch für den Dialog zwischen Migrantinnen und Migranten sowie der aufnehmenden Gesellschaft. Als Interessenvertretung ist er zudem ein wichtiger Ansprechpartner der Landesregierung in allen Fragen der Integration. Vor diesem Hintergrund möchte ich dem NIR, aber auch den vielen engagierten Frauen und Männern vor Ort, ganz herzlich Danke sagen für ihr vielfältiges Engagement. Man kann es nicht oft genug betonen: Integration gelingt oder scheitert vor Ort, in der Kommune. Gelingende Integration ist vor allem dort möglich, wo Integrationsräte den Prozess flankierend begleiten, unterstützen und mitgestalten.

Die vorliegende Broschüre bietet in Bild und Text einen informativen Überblick über die vielfältigen Aktivitäten des Niedersächsischen Integrationsrates. Besonders gut gefallen hat mir die Kooperation zur „Summer School“ beim NDR für junge Erwachsene mit Zuwanderungsgeschichte. In einer Zeit, in der sehr kritisch über Medien diskutiert wird – Stichwort „Fake News“ – ist es wichtig zu erleben, wie Meldungen ausgewählt und aufbereitet werden. Das ist praktische Integration.

In diesem Sinne freue ich mich schon auf weiterhin gute Zusammenarbeit und bin gespannt, welche Themen in diesem Jahr auf der Agenda stehen.

Ihre  
Dr. Carola Reimann  
Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Mit dieser Broschüre dokumentieren wir die Arbeit des NIR im Jahr 2018 und lassen den gemeinsam zurückgelegten Weg Revue passieren.

Durch den Beitritt weiterer Vertretungen von Migrantinnen und Migranten stieg die Zahl auf achtzehn Mitgliedsbeiräte an. Ein Zuwachs von fünf Mitgliedsbeiräten in den letzten vier Jahren. Somit haben wir nicht nur an Themenvielfalt gewonnen, sondern auch ein quantitatives Wachstum verzeichnet. Darauf können wir stolz sein und begrüßen nochmals unsere neuen Mitglieder aus den Städten Northeim und Wunstorf.

Herzlich willkommen!

Wir konnten auch ein qualitatives Wachstum verzeichnen. Der NIR ist zu einem festen Bestandteil in der niedersächsischen Politiklandschaft geworden und festigt Jahr für Jahr die Kooperation mit Parteien, Verbänden und Organisationen. So wurde die Zusammenarbeit mit den landesweiten Föderationen türkischer und polnischer Elternvereine sowie dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften mit dem Ergebnis einer gemeinsamen großen Veranstaltung zum Thema Mehrsprachigkeit intensiviert und mit dem Landesverband der Volkshochschulen eine neue Kooperation begründet.

Außerdem haben wir im Jahr 2018 an vielen Veranstaltungen teilgenommen und den NIR nach außen vertreten:

- Neujahresempfang des DGB
- Landesprogramm gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte
- Fachaustausch über Kommunale Konfliktberatung
- Vielfalt verbindet – Interkulturelle Woche
- Internationaler Frauentag – Gleichstellung von Frauen in der Politik
- Bundeskongress der Migrantenorganisationen
- Landespräventionsrat – Jahrestagung Landesdemokratiezentrum
- Verleihung des Integrationspreises „Bunte Sole“ in Salzgitter
- Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen
- Europapolitik – Konrad-Adenauer-Stiftung
- Anhörung im Landtag zum Feiertagsgesetz
- Veranstaltung und Podiumsdiskussion zum herkunftssprachlichen Unterricht
- Jahresempfang des Landesseniorenbeirates
- Arm im Alter - Frauenarmut strukturell bekämpfen
- Delegiertenkonferenz des Landesfrauenrates
- Gute Nachbarschaft - Landesförderung „Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement“
- Gewaltprävention und Sport – Zusammenarbeit in den Kommunen
- Auftaktveranstaltung Bildung 2040 – Kultusministerium
- Der Soziale Arbeitsmarkt – Friedrich-Ebert-Stiftung
- Bündnis Niedersachsen packt an – Niedersächsischer Integrationspreis
- Gesamttreffen der Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe
- Empfang der Landtagspräsidentin zum Thema 100 Jahre Frauenwahlrecht
- Fachgespräch 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
- Dialog der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe mit den MSO
- Weihnachtsfeier der Landesaufnahmebehörde im Grenzdurchgangslager Friedland

Natürlich können wir nicht alle Veranstaltungen und Dialoge mit unseren Kooperationspartnern aufzählen. Die Vorstandsarbeit wurde intensiv fortgesetzt, um alle notwendigen Absprachen zu treffen.

Politische Partizipation, Teilhabe und das Ziel einer solidarischen Gesellschaft gehören zu den Visionen des NIR, in diesem Sinne wurde das Jahr 2018 mit den vier Treffen der Delegierten gestaltet und geformt. Erfahrungen, Wissen und Gedanken für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen in Niedersachsen wurden geteilt und kreativ diskutiert.

Gemeinsame und vergleichbare Erfahrungen in der politischen Arbeit in den Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten sowie in ihren Vertretungen auf der kommunalen Ebene tragen zum Lernen und Lösen von anstehenden Aufgaben in den Beiräten bei. Mutig und mit Visionen für ein soziales und gleichberechtigtes Miteinander will der Vorstand an die lange Tradition der Arbeit der Migranteninteressenvertretung anknüpfen und sie weiter ausbauen.

Unser Dank gilt unseren Mitgliedern aus den Kommunen und den Delegierten in den Landesgremien für die tolle Zusammenarbeit. Durch Vielfalt in der Politik und durch die Vielfalt im NIR können wir die Herausforderungen annehmen und rechtspopulistischen Tendenzen entgegenwirken. Daher ist jeder Beitrag zur Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft notwendig und wichtig.

Mit dieser Broschüre wollen wir auch mehr Menschen mit Migrationserfahrung ermutigen, die politische Arbeit auf allen Ebenen aktiv mitzugestalten und Verantwortung zu übernehmen.

Wir freuen uns auf eine gute und vielfältige Zusammenarbeit im Jahr 2019.

## Was und wer ist der NIR?

Niedersachsen ist ein Land mit einer langen Einwanderungsgeschichte, die von zahlreichen Menschen im Sinne der zivilgesellschaftlichen Gemeinwohlorientierung gestaltet wurde. Der Niedersächsische Integrationsrat (NIR), hervorgegangen aus der 1984 in Göttingen gegründeten Arbeitsgemeinschaft Kommunale Ausländervertretungen Niedersachsen (AG KAN), ist ein Zusammenschluss von kommunalen Ausländervertretungen (Integrations- und Migrationsräte, Ratsausschüsse) zur landesweiten Interessenvertretung von Migranten und Migrantinnen in Niedersachsen.

Dem NIR gehören zur Zeit 18 Mitgliedsbeiräte an: Stadt Bad Pyrmont, Stadt Braunschweig, Stadt Emden, Stadt Göttingen, Gemeinde Weyhe, Stadt Garbsen, Landkreis Hameln-Pyrmont, Landeshauptstadt Hannover, Stadt Hildesheim, Landkreis Hildesheim, Stadt Langenhagen, Landkreis Lüneburg, Stadt Northeim, Stadt Oldenburg, Stadt Osnabrück, Stadt Salzgitter, Stadt Wilhelmshaven. In diesen Kommunen und Gemeinden lebt nahezu die Hälfte aller Ausländerinnen und Ausländer in Niedersachsen. Darüberhinaus bestehen intensive Kontakte zu Beiräten und Initiativen in Bad Zwischenahn, Delmenhorst, Holzmin-den und Neustadt am Rübenberge.

Die Integrationsbeiräte in den nie-

dersächsischen Kommunen sind etablierte Akteure kommunaler Integrationspolitik und übernehmen eine wichtige Mittlerfunktion zwischen Mehrheits- und der Minderheitsgesellschaft. Als kommunale Interessenvertretungen arbeiten sie eng mit den Migrantenselbstorganisationen, den kommunalen Gremien und zahlreichen Einrichtungen und Trägern der Integrationsarbeit vor Ort zusammen.

Sie fördern den interkulturellen Austausch durch vernetztes Arbeiten und gemeinsame Projekte. Zugleich verfügen sie als Migrantenvertretungen über umfangreiche Kenntnisse und Erfahrungen über die Lebenswelten und Ressourcen der migrantischen Bevölkerung und über bestehende Zugangsbarrieren zu den gesellschaftlichen Funktionssystemen (z.B. Arbeit, Politik, Bildung, Wohnen, Gesundheit).

Aus den Erfahrungen und der Arbeit der kommunalen Integrationsbeiräte ergibt sich die Notwendigkeit der landesweiten Interessenvertretung, da wesentliche Bereiche der gesellschaftlichen Integration nicht in kommunaler Entscheidungskompetenz liegen, sondern vom Land bzw. vom Bund entschieden werden.

Der NIR unterstützt als landesweites Gremium die kommunalen Mitgliedsbeiräte unter Berücksichtigung des stetig wachsenden Bewusstseins

der zugewanderten Bevölkerung in ihrer Forderung nach politischer Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe. Ausgehend vom Selbstverständnis des NIR ist die Frage nach der Förderung und dem Ausbau der politischen Partizipationsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten in Niedersachsen ein steter Schwerpunkt der Arbeit.

Hierzu zählt vor allem die Unterstützung und Beratung verschiedener kommunaler Akteure vor Ort zur Bildung kommunaler Interessenvertretungen in Gemeinden und Städten in Niedersachsen, die Organisation von Fachtagungen, Seminaren und Diskussionen und nicht zuletzt, die Qualifizierung seiner Mitglieder.

Der NIR ist ein wichtiger Gesprächspartner in Fragen der Integration der zugewanderten Wohnbevölkerung in Niedersachsen. Zur Wahrnehmung der Interessenvertretung ist der NIR in folgenden Institutionen und Gremien vertreten: Landtagskommission zu Fragen der Migration und Teilhabe (MuT), Bündnis „Niedersachsen packt an“, Landeschulbeirat, Landespräventionsrat, NDR-Rundfunkrat, Landesfrauenrat. Der NIR ist über die Mitgliedschaft im Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) auf Bundesebene vernetzt und wirkt somit in bundespolitischen Entscheidungsprozessen mit.



**Achim Weber**  
(Geschäftsführer des NIR)



### Der Vorstand des NIR:

v.l. Vorsitzender : Mustafa Yalcinkaya (Garbsen),  
Stellvertreter : Antonia Martin Sanabria (Osnabrück), Lucy Grimme (Lüneburg),  
Gülşan Yalçın (Göttingen), Dang Chau Lam (Hannover)



Niedersächsischer Integrationsrat  
Geschäftsstelle Bildungsverein  
Wedekindstr. 14, 30161 Hannover  
Tel.: 0511 338 798 54  
Fax: 0511 338 798 42  
nir@bildungsverein.de  
www.nds-nir.de

### Delegierte in den Gremien (Stand: 31.12.2018)

#### Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe des Niedersächsischen Landtags:

Mustafa Yalcinkaya (Stadt Garbsen); Vertretung: Lucy Grimme (Landkreis und Hansestadt Lüneburg)

#### NDR-Rundfunkrat:

Fikret Abaci (Stadt Salzgitter)

#### Landespräventionsrat:

Ahmet Özcan (Landkreis Hameln-Pyrmont); Vertretung: Dang Chau Lam (Landeshauptstadt Hannover)

#### Landesfrauenrat:

Galina Ortmann (Stadt Hildesheim); Vertretung: Dr. Gülşan Yalçın (Stadt Göttingen)

#### Frauenpolitisches Forum des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Dr. Gülşan Yalçın (Stadt Göttingen), Galina Ortmann (Stadt Hildesheim)

#### Landeschulbeirat:

Joaquim Ferreira Alves Braga (Stadt Wunstorf), Bernadette Zettelmann (Stadt Garbsen)

#### Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat:

Hamidou Bouba (Stadt Langenhagen), Dang Chau Lam, (Landeshauptstadt Hannover), Galina Ortmann, (Stadt Hildesheim), Mustafa Yalcinkaya (Stadt Garbsen); Vertretung: Cecilia Ramirez (Stadt Oldenburg)

### Mitgliedsbeiräte (Stand 31.12.2018)

1. Stadt Bad Pyrmont, Integrationsrat
2. Stadt Braunschweig, Integrationsausschuss
3. Stadt Emden, Integrationsrat
4. Stadt Garbsen, Integrationsbeirat
5. Stadt Göttingen, Integrationsrat
6. Landeshauptstadt Hannover, Internationaler Ausschuss
7. Landkreis Hameln-Pyrmont, Migrationsrat
8. Landkreis Hildesheim, Migrationsausschuss
9. Stadt Hildesheim, Migrationsbeirat
10. Stadt Langenhagen, Integrationsbeirat
11. Landkreis und Hansestadt Lüneburg, Integrationsbeirat
12. Stadt Northeim, Migrationsrat
13. Stadt Oldenburg, Ausschuss für Migration und Integration
14. Stadt Osnabrück, Migrationsbeirat
15. Stadt Salzgitter, Integrationsausschuss
16. Gemeinde Weyhe, Integrationsrat
17. Stadt Wilhelmshaven, Netzwerk Integration
18. Stadt Wunstorf, Integrationsbeirat



## Delegierte im Niedersächsischen Integrationsrat (Stand 31.12.2018)

Frau/Herr	Name Delegierte(r)	Vorname	Mitgliedsbeirat bzw. Ausschuss
Herr	Aygün	Mustafa	Integrationsbeirat Bad Pyrmont
Herr	Gross	Janis	Integrationsbeirat Bad Pyrmont
Frau	Obojska	Jolanta	Integrationsausschuss Braunschweig
Frau	Samut-Hlubek	Zeynep	Integrationsausschuss Braunschweig
Frau	Khatanbataar-Frerichs	Altantuul	Integrationsrat der Stadt Emden
Herr	Ouedraogo	Abdou	Integrationsrat der Stadt Emden
Herr	Yalcinkaya	Mustafa	Integrationsbeirat der Stadt Garbsen
Frau	Zettelmann	Bernadette	Integrationsbeirat der Stadt Garbsen
Herr	Elmas	Ibrahim	Integrationsrat der Stadt Göttingen
Frau Dr.	Yalcin	Gülsan	Integrationsrat der Stadt Göttingen
Herr	Lam	Dang Chau	Internationaler Ausschuss LH Hannover
Frau/Herr	N.	N.	Internationaler Ausschuss LH Hannover
Herr	Özcan	Ahmet	Migrationsrat Landkreis Hameln-Pyrmont
Frau	Scheuer-Szabó	Lia	Migrationsrat Landkreis Hameln-Pyrmont
Frau	Lillig	Birgit	Migrationsausschuss LK Hildesheim
Frau Dr.	Möllring	Eva	Migrationsausschuss LK Hildesheim
Frau	Ortmann	Galina	Migrationsbeirat der Stadt Hildesheim
Herr Dr.	Ponomarev	Alexey	Migrationsbeirat der Stadt Hildesheim
Herr	Bouba	Hamidou	Integrationsbeirat der Stadt Langenhagen
Herr	Eder	Erwin	Integrationsbeirat der Stadt Langenhagen
Herr	Ben Aziz	Amara	Integrationsbeirat Stadt und LK Lüneburg
Frau	Grimme	Lucy	Integrationsbeirat Stadt und LK Lüneburg
Herr	Novakovic	Nino	Migrationsrat der Stadt Northeim
Herr	Omeirat	Hamsa	Migrationsrat der Stadt Northeim
Frau	Ramirez	Cecilia	Ausschuss für Migration Stadt Oldenburg
Herr	Schleppegrell	Ulrich	Ausschuss für Migration Stadt Oldenburg
Herr	Haziri	Vëllaznim	Beirat für Migration Stadt Osnabrück
Frau	Martin Sanabria	Antonia	Beirat für Migration Stadt Osnabrück
Herr	Irkan	Özcan	Integrationsausschuss Salzgitter
Herr	Perik	Muzaffer	Integrationsausschuss Salzgitter
Frau	Barut	Tülay	Integrationsrat der Gemeinde Weyhe
Herr	Kizilkara	Esref	Integrationsrat der Gemeinde Weyhe
Herr	Janssen	Johann	Netzwerk Integration Wilhelmshaven
Herr	Päsler	Rainer	Netzwerk Integration Wilhelmshaven
Herr	Ferreira Alves Braga	Joaquim	Integrationsbeirat der Stadt Wunstorf
Frau	Kargin-Kahveci	Nesrin	Integrationsbeirat der Stadt Wunstorf

Stellungnahme der FÖTEV-Nds -Föderation Türkischer Elternvereine in Niedersachsen e.V., des Verbindungsbüros der Polnischen Vereine in Hannover und in Niedersachsen e.V., des Verbands Polnische Journalisten in Deutschland, des Niedersächsischen Integrationsrats (NIR) sowie des Verbands binationale Familien und Partnerschaften zum aktuellen Status der praktischen Umsetzung des Erlasses: „Förderung von Bildungserfolg und Teilhabe von Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache“

Mittlerweile weist ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund auf. Nach 60 Jahren Arbeitsmigration ist Türkisch, als Herkunftssprache von 90.914 Türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten in Niedersachsen, nach der Deutschen, die am häufigsten gesprochene Sprache und gehört längst zu Deutschlands Lebensrealität. Die polnische Community in Niedersachsen verzeichnet in den letzten Jahren einen raschen Zuwachs von ca. 10.000 Menschen pro Jahr. Zum 31.12.2015 lebten in unserem Land 83.950 Polinnen und Polen, die damit die zweitstärkste Gruppe mit Migrationshintergrund nach den Türkeistämmigen bildete.

Viele Schülerinnen und Schüler sind mehrsprachig aufgewachsen bzw. wachsen mehrsprachig auf. Wissenschaftliche Untersuchungen weisen seit Langem auf das große Potenzial des vollständigen Erwerbs der Herkunftssprache für die Identitätsbildung und die Entwicklung kognitiver Fähigkeiten hin; speziell auch für den Erwerb einer Zweit- oder Drittsprache.

Vor diesem Hintergrund werden das richtige Erlernen und Beherrschen der Herkunftssprache in Wort und Schrift inzwischen als ein wichtiger Baustein schulischer Sozialisation und als Voraussetzung für schulischen Erfolg betrachtet.

Die Landesregierung ist hier auch aktiv geworden und am 1. Juli 2014 beschlossen, dass die Mehrsprachigkeit und somit auch der Erwerb der sogenannten Herkunftssprache gemäß Runderlass des Kultusministeriums „Förderung von Bildungserfolg und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache“ von Beginn an zu fördern ist. Hier hat Niedersachsen wichtige Entscheidungen zur Förderung der Mehrsprachigkeit getroffen. Bedauerlicherweise werden die aus dem Erlass hervorgehenden Vorschriften und Handlungsempfehlungen in der Praxis nur unzureichend umgesetzt. Und so ist das Bedürfnis nach Wirksamkeit auf Seiten der Betroffenen aktuell nach wie vor nicht erfüllt. Die Nachfrage nach herkunftssprachlichem Unterricht ist nach wie vor höher als das Angebot. Auch wird die Förderung der Mehrsprachigkeit – sofern sie denn überhaupt stattfindet – oftmals auf einen herkunftssprachlichen Unterricht in den Randstunden, ein Projekt oder eine AG reduziert und ist nicht gleichberechtigt mit anderen

Sprachen für das Zeugnis relevant. Darüber hinaus bleibt es eine Herausforderung, geeignete Lehrkräfte für das Angebot des herkunftssprachlichen Unterrichts zu finden. Sei es, weil nicht genügend Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich herkunftssprachlicher Lehramtsfächer existieren, sodass interessierte Studierende diesen Studiengang nicht wählen können, es keine geeigneten Weiterbildungsmöglichkeiten für in Deutschland ausgebildete Lehrer anderer Fächer gibt und auch für in dem Herkunftsland ausgebildete Lehrer keine Aufbaustudiengänge geschaffen werden.

Auch scheitert es bei der Einrichtung des herkunftssprachlichen Unterrichtes und dessen Einbettung in das schulische Curriculum an finanziellen Mitteln.

Vor diesem Hintergrund und um dem Runderlass aus 2014 Nachdruck zu verleihen, hat die rot/grüne Fraktion im niedersächsischen Landtag im November 2016 den Antrag auf Entschließung „Mehrsprachigkeit fördern - Angebote an Niedersachsens Schulen ausbauen gestellt“ es ist hier auch zum Beschluss gekommen.

Hannover, 19.10.2018

Bisher wurden aufgrund regelmäßiger Konsultationen und des Einsatzes der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe für die polnische Community schnelle Fortschritte im Bereich der Grundschule erzielt. Dies gilt es vor allem auch für die Türkeistämmigen auszuweiten und für alle Schulformen auszubauen.

Wir appellieren an die Integrität der Landesregierung und fordern nochmals und mit Nachdruck:

1. Der Mutter-/Herkunftssprachenunterricht auf Türkisch und Polnisch (sowie die Sprachen der großen Migrantengruppen wie z.B. Arabisch, Italienisch, Russisch und Dari/Farsi) muss bereits in Kindergärten und Vorschulen angeboten werden.
2. Von der Grundschule an, müssen Türkisch und Polnisch (als versetzungsrelevante Fächer und gleichberechtigt mit anderen Fächern) sowohl als mutter-/herkunftssprachlicher Unterricht, als auch als Wahlpflichtunterricht angeboten werden.
3. Polnisch und Türkisch müssen in das Register der Fremdsprachen aufgenommen und auch für Nichtmuttersprachler zugänglich gemacht werden. Polnisch und Türkisch müssen als Abiturfächer bzw. Prüfungsfächer zugelassen werden.
4. Polnisch und Türkisch müssen von für diese Fächer ausgebildeten Lehrer/-innen (mit geeigneten Unterrichtsmaterialien) unterrichtet werden. Für die vorhandenen Lehrer/-innen müssen die Bundesländer, die dafür notwendigen Fort-/Weiterbildungen anbieten und Vertretungen bei drohendem Unterrichtsausfall bereitstellen.
5. Die Anzahl der Universitäten/Hochschulen, die Türkisch und Polnisch in der Lehramtsausbildung anbieten, sollte nicht verringert, sondern vermehrt werden.
6. Es sollte ein für alle Bundesländer gültiges Curriculum für den Herkunftssprachenunterricht in der Lehramtsausbildung erstellt werden.

Migrantenkinder haben es im deutschen Bildungssystem besonders schwer und sind, infolge der starken tendenziellen Unterschichtung und den Schwierigkeiten der bi-kulturellen Migrationssituation, doppelt benachteiligt. Bildungs- und Integrationspolitik stehen somit vor einer großen Herausforderung. Dabei geht es nicht nur um Chancengleichheit, sondern auch um Effizienz – um die gesellschaftliche Notwendigkeit, die in der Bevölkerung schlummernden Leistungspotentiale optimal zu entwickeln und zu nutzen.

Die Schulbildung und persönliche Entwicklung unserer Kinder bestimmt maßgeblich die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft unserer Republik. Mehrsprachigkeit besitzt damit ein großes Potenzial, das durch die Schaffung und Weiterentwicklung passender Angebote und die Anerkennung dieser Leistung an unseren Schulen durchgehend gefördert werden sollte. Jetzt bleibt zu beobachten, welche gezielten Maßnahmen zum Ausbau einer tragfähigen Struktur und der Schaffung der erforderlichen Rahmenbedingungen von Regierungsseite eingeleitet werden, um sich anschließend auf institutioneller Seite und damit im Schulalltag wiederzufinden.

Wir vertrauen in die Handlungskompetenz unserer Landesregierung und gestalten gleichzeitig als Fürsprecher für Bildung im Rahmen unseres Wirkungsfeldes und gemäß eines unserer Leitziele mit: eine selbstbewusste, leistungsfähige, begabungsgerechte und daher differenzierte Beschulung für SchülerInnen mit Migrationshintergrund zu erhalten bzw. herzustellen.



Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim **Dr. Ingo Meyer** eröffnete die Konferenz „Politische Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte“

Auszüge aus dem Grußwort von OB Dr. Ingo Meyer.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren, ich heiße Sie herzlich willkommen hier im Historischen Rathaus von Hildesheim und begrüße Sie zur Konferenz des Niedersächsischen Integrationsrats.

Hier im Ratssaal der Stadt Hildesheim wird üblicherweise über die Geschicke der Stadt beraten. Entscheidungen, die hier getroffen werden, haben Einfluss auf über 100.000 Hildesheimerinnen und Hildesheimer und damit auf Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur. Hildesheim ist – wie viele andere niedersächsische Städte auch – eine bunte, vielfältige Stadt. Insofern hat der Niedersächsische Integrationsrat einen durchaus exemplarischen Ort für seine Konferenz ausgewählt.

In dieser Stadt leben Menschen aus 146 Ländern. Knapp ein Drittel der Hildesheimer hat einen Migrationshintergrund. Das ist eine relativ hohe Quote. Gemeinsam bilden wir aber alle eine Gesellschaft, in der seit langem – und wie ich meine sehr erfolgreich – ein interkultureller und interreligiöser Dialog gepflegt wird.

Er bringt nicht nur Menschen unterschiedlicher Kulturen und Gemeinden zusammen, sondern fördert letztlich auch den Zusammenhalt unserer bürgerlichen Gesellschaft. Dabei bereichert die Vielfalt unser Stadtleben.

Damit aus dem „Nebeneinander“ aber auch wirklich ein „Miteinander“ wird, müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine gute Grundlage für weitreichende Partizipation bieten. Das gelingt in Hildesheim vor allem bereits in der Kultur, im Sport oder auch an den Hochschulen. Die Teilhabe an politischen Debatten ist dagegen sicher noch ausbaufähig.

Und das, obwohl sich politische Entscheidungen gerade auf kommunaler Ebene in hohem Maße auf Teilhabe- und Integrationschancen auswirken. Mit diesem Wissen wurde in Hildesheim im Jahr 2013 ein Beirat für Migration ins Leben gerufen. Er vertritt die Interessen von Ausländern und Deutschen mit Migrationshintergrund und kann in seiner Funktion gleichzeitig als Berater von Politik und Verwaltung fungieren. Der Migrationsbeirat soll sicherstellen, dass wir bei unserer Arbeit alle Hildesheimerinnen und Hildesheimer im Blick haben. Er kann also sowohl Sprachrohr als auch Botschafter für eine bedeutende Gruppe unserer Stadtgesellschaft sein.

Weil diese Gruppe aber darüber hinaus auch äußerst heterogen ist, reicht es nicht aus, dass Sie nur von wenigen Engagierten vertreten wird. Ganz gleich um wessen Interessen es geht, muss stets die Prämisse gelten, dass möglichst viele Teile unserer Gesellschaft in den Stadtdialog einbezogen werden, damit ihre Anliegen auch wirklich vorgetragen und ihre Sorgen auch tatsächlich gehört werden. Die Vermittlung von politischen Themen – auf kommunaler, Landes oder auch Bundesebene – erweist sich damit letztlich auch als ein probates Mittel gegen die Entstehung von Parallelgesellschaften. Denn sobald sich eine Bevölkerungsgruppe nicht ausreichend repräsentiert sieht oder gar abgehängt fühlt, birgt das Gefahren für unsere Demokratie und unsere Gesellschaft als Ganzes.

Aus vielerlei Gründen ist es somit wünschenswert, dass sich die Vielfalt der Gesellschaft auch in der Politik widerspiegelt. Ganz offenbar ist das aber aktuell noch nicht der Fall. Der Anteil von Migranten in z. B. Parteien, Gewerkschaften oder ähnlichen Strukturen ist nach wie vor eher gering.

Woran liegt das?

Ist das Interesse an politisch-gesellschaftlichen Themen zu gering? Muss sich Politik, müssen sich Parteien noch weiter öffnen? Sollten Zugänge zu Teilhabe und Mitwirkung niedrigschwelliger sein? Oder sollten Menschen mit Migrationsgeschichte offensiver angesprochen werden?

Meine Damen und Herren, Thesen gibt es viele. Und Sie merken unterschwellig: Auch Mutmaßungen gibt es genügend. Diese werden aber oftmals auf die Schnelle und ohne echte Expertise angestellt. Umso erfreulicher ist es, dass die politische Partizipation auf der Agenda dieser Konferenz steht. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse!

Liebe Gäste, ich wünsche Ihnen an diesem Wochenende erkenntnisreiche Gespräche, anregende Diskussionen und einen guten Aufenthalt hier in Hildesheim. Herzlichen Dank!



Staatssekretär **Heiger Scholz**, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Auszüge aus dem Grußwort von Herrn Staatssekretär Scholz auf der Konferenz des Nds. Integrationsrates (NIR) am 03.03.2018 in Hildesheim

Sehr geehrte Damen und Herren, Danke für die Einladung, danke für den freundlichen Empfang. Ich bingern hier, denn der Niedersächsische Integrationsrat ist ein wichtiger strategischer Partner der Landesregierung im Kontext von Migration und Teilhabe. Sie unterstützen im Land die kommunalen Mitgliedsbeiräte beziehungsweise Mitgliedsausschüsse. Die Migrations- und Integrationsbeiräte oder –ausschüsse in den niedersächsischen Kommunen sind ein wesentliches Bindeglied zwischen den Menschen die aus anderen Ländern zu uns kommen und denen, die schon lange hier Lebenden. Aber was heißt schon „lange hier leben“? Das ist doch ziemlich relativ. Meine Vorfahren kamen zum einen aus dem südlichen Schlesien – ganz im Osten -, zum anderen aus der Eifel – ganz im Westen Deutschlands. Das ist nicht weit her verglichen mit vielen von Ihnen. Gleichzeitig ist es aber auch nicht aus der Nähe, verglichen mit Menschen, deren Familien seit der Bronzezeit im Vorhaz leben. Die allermeisten Niedersachsen sind irgendwann hierhergekommen, haben also eine mehr oder weniger weite Migrationsgeschichte. Das vergessen viele gern.

Die eben erwähnten Migrations- und Integrationsbeiräte unterstützen die vor kurzem zugewanderten Menschen in ihrem Anspruch auf gleichberechtigte und umfassende Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben und damit auch der politischen Partizipation.

Willy Brandt, ehemaliger Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger hat einmal gesagt „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“ Und genau das tun die, die sich politisch engagieren: sie gestalten mit. Nicht nur ihren persönlichen Alltag. Vielmehr engagieren Sie sich vor Ort und in den Gremien der Kommunen zum Beispiel. Die in diesem Zusammenhang geführten Gespräche und das tägliche Miteinander können viele Wege ebnen.

Das Engagement des Niedersächsischen Integrationsrates geht darüber hinaus: er ist mit seiner Expertise als Dialogpartner auf Landesebene gefragt. Dabei geht es um Konzeptionen und Strategien, die im Land Niedersachsen zum Tragen kommen: beispielsweise Fördermöglichkeiten, die Arbeit von ehrenamtlich Tätigen und Fragen der Gleichstellung. Für die gute und kompetente Zusammenarbeit danke ich Ihnen herzlich!

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie uns einen kurzen Blick auf die Bundesebene werfen. Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat, kurz BZI, vertritt 6.000 politisch aktive Migrantinnen und Migranten in 400 kommunalen Migrationsbeiräten. Auch im BZI ist der NIR vertreten. Im Jahr 2017 hat erstmals eine Bundeskonferenz mit breiter Beteiligung in Berlin stattgefunden.

Thema war gleichfalls die „Politische Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte“. Der Austausch von Ideen und Erfahrungen über die Landesgrenzen hinweg ist überaus wichtig und wertvoll. Er dient der bundesweiten Vernetzung. Und dieser Blick über den Tellerrand kann jedem Fall der Weiterentwicklung dienen: nicht nur auf der persönlichen Ebene, sondern auch wenn es darum geht kreative Konzepte zu entwickeln.

Die Brücke, die Sie als Aktive gemeinsam bauen, hat somit neben den bisherigen Pfeilern „kommunale Arbeit“ und „Landesebene“ einen bedeutenden dritten Pfeiler hinzubekommen: „Arbeit auf Bundesebene“.

Ihre verantwortungsvolle und konstruktive Mitgestaltung in diesem Rahmen beeindruckt mich!

Sehr geehrte Damen und Herren, politische Partizipation ist ein klares Signal, dass das Demokratieprinzip als Wert des Grundgesetzes anerkannt und geschätzt wird! Die Demokratie ist lebendig, von Pluralismus und Meinungsvielfalt geprägt: Wir diskutieren, tauschen uns aus und schildern Erfahrungen. Wir benennen Defizite und ringen um Lösungen. Wir gehen respektvoll miteinander um. Wir wägen Alternativen ab und finden Kompromisse. Dies Miteinander bildet die gesellschaftliche Basis. Die Akteurinnen und Akteure, die gestaltend mitwirken, haben sich bewusst und freiwillig dafür entschieden. Sie nehmen ihre Chancen wahr und geben ihren Anliegen ein Gewicht. Sie zeigen auch Bereitschaft, gemeinsame Wege zu finden.

Aktuelle Studien, wie auch die Studie „Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabeperspektiven in Deutschland“ des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration, geben Informationen und Anhaltspunkte für ein weiteres strategisches Handeln und zukünftige Planungen. An dieser Stelle stimme ich der Schlussfolgerung zu – sie ist zugleich integrationspolitisches Gebot –, dass die Perspektiven in den Vordergrund zu stellen sind. Ansatzpunkte für eine mittel- und langfristige gesellschaftliche Teilhabe sind hier auch Bedürfnisse und Erfahrungen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Meine Schilderung ist bewusst so ausführlich um zu veranschaulichen, wie diffizil die Aufgaben im Bereich Integration und wie komplex deren Lösungen sind.

Das „Angekommen sein“ ist Grundlage für den persönlichen Entschluss, sich zu engagieren. Und daran haben Sie, die Akteurinnen und Akteure in den Migrations- und Integrationsbeiräten oder –ausschüssen in den niedersächsischen Kommunen und der NIR auf Landes- und Bundesebene mit ihrer organisierten politischen Arbeit einen großen Anteil! Sie tragen dazu bei, dass Menschen in Niedersachsen ankommen, ein Zuhause finden und letztlich umfassend teilhaben können. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit und ein gemeinsames erfolgreiches Wirken mit Ihnen für eine gelingende Migrations- und Teilhabepolitik in unserem Land.

Dieser Konferenz wünsche ich viel Erfolg und bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.



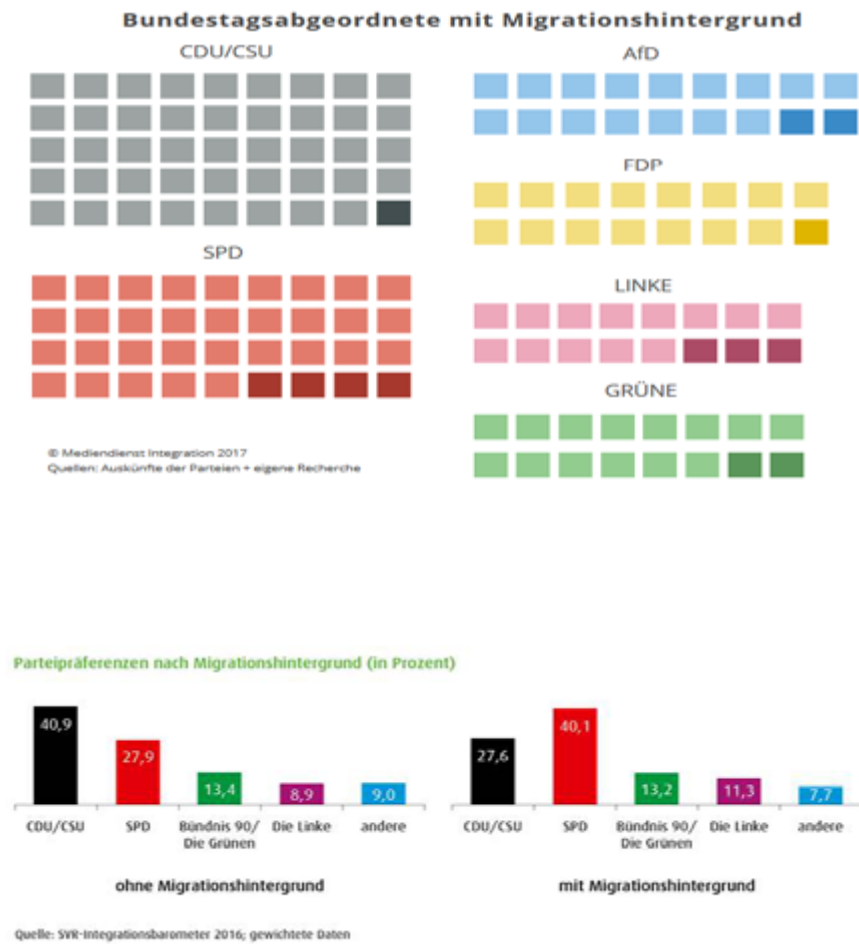


Mustafa Yalcinkaya, Vorsitzender des NIR, und Galina Ortmann, Stellvertretende Vorsitzende des Migrationsbeirates der Stadt Hildesheim, begrüßen die geladenen Gäste und die Vertreter der Integrationsbeiräte.



PD Dr. Uwe Hunger, Universität Münster

**Politische Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte**  
**Vortrag im Rahmen der Landeskonferenz des Niedersächsischen Integrationsrats (NIR)**  
**am 3. März 2018 in Hildesheim**  
**PD Dr. Uwe Hunger**



**Podiumsdiskussion** zum Konferenzthema „Politische Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte“ v.l. Galina Ortmann (Stellv. Vors. des Migrationsbeirates der Stadt Hildesheim), Bernd Westphal (MdB), Belit Onay (MdL), Prof. Dr. Uwe Hunger (Uni Münster), Christoph Eilers (MdL), Mustafa Yalcinkaya (Vorsitzender des NIR), Moderation: Michael Allimadi (Vorstandmitglied Bundesnetzwerk TANG, The African Network of Germany)

**Berichte aus den Kommunen**



Vertreter der einzelnen Kommunen berichten über die Arbeit in den Beiräten





### Neue Mitglieder in den Kommunen

Der Integrationsbeirat Oldenburg und der Integrationsbeirat Garbsen stellten jeweils ein neues Mitglied vor.

Links: **Hussein Kerri** aus Oldenburg

Rechts: **Hamied Al-Iriani** aus Garbsen

Hussein Kerri und Hamied Al-Iriani vertreten ihre Beiräte mit je einer Stimme im Niedersächsischen Integrationsrat.



### Abstimmung von Themen, und Bildung von Arbeitsgruppen für 2018

2018



Es wurden insgesamt sieben Themen vorgestellt. Jedes Mitglied hatte 4 Stimmen und verteilte diese unter den vorgestellten Themen. Es bildeten sich Arbeitsgruppen zu den 5 Themen mit den meisten Stimmen. Anschließend zogen sich die Arbeitsgruppen zurück und arbeiteten die Themen aus. Zum Schluß stellte jede Arbeitsgruppe das Ergebnis ihres Themas dem NIR vor.

- 1 Interkulturelle Öffnung in der Einwanderungsgesellschaft und Bildung
- 2 Öffentlichkeitsarbeit
- 3 Politische Partizipation von Frauen
- 4 Landespartizipation und Teilhabegesetz
- 5 Vernetzung & Netzwerkaufbau der Migrationsbeiräte



### 112. Plenarsitzung in Hannover, 02.06.-03.06.2018



Die 112. Plenarsitzung des NIR wurde durch den Vorsitzenden **Mustafa Yalcinkaya** eröffnet. Die Begrüßungsrede, zu dem Tagesthema *Migration und Medien*, hielt die stellv. Vorsitzende **Gülşan Yalçın**.



li. **Dr. Arno Beyer**, Landesfunkhausdirektor und stellv. Intendant des NDR, re. **Angelika Henkel**, Redakteurin des NDR



**Dr. Arno Beyer** berichtete aus seiner 35 jährigen journalistischen Arbeit: Migration sei kein neues Thema für die Medien. Seit 2015 sei dieses Thema aber für alle *anders*. Die Flut an Flüchtlingen, die 2015 nach Deutschland kam, sei für alle neu gewesen. Damit mussten WIR lernen umzugehen. Frau **Angelika Henkel** ergänzte und berichtete aus persönlichen Erfahrungen mit Migrant/innen.



### Ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit

Die Referentinnen **Nicole van der Made** (LAGFA Niedersachsen, [projekt@lagfa-niedersachsen.de](mailto:projekt@lagfa-niedersachsen.de)), und **Gomathy Grundey** (Freiwilligenakademie Niedersachsen, [grundey@freiwilligenakademie.de](mailto:grundey@freiwilligenakademie.de)), berichteten über die ehrenamtliche Arbeit und Engagement in der Flüchtlingsarbeit. Im Anschluss fand eine Fragerunde statt.





## Arbeiten in den Arbeitsgruppen mit anschließender Auswertung



Team Vernetzung & Netzwerkaufbau der Migrationsbeiräte



Team Interkulturelle Öffnung in der Einwanderungsgesellschaft und Bildung



Team Öffentlichkeitsarbeit

## Ma(h)l - Zeit - So bunt is(s)t Garbsen



**Bernadette Zettelmann** (Vorsitzende des Integrationsbeirates Garbsen) begrüßte alle Anwesenden.

Die kath. Kirche St. Raphael, die ev. Willehadi-Kirche und der Integrationsbeirat der Stadt Garbsen luden am Sonntag, den 24. Juni 2018, an eine gemeinsame Tafel ein. An der langen, zwischen den beiden Kirchen aufgestellten Tafel, wurde das mitgebrachte Essen bei interessanten Gesprächen gemeinsam verspeist. Für den Integrationsbeirat war der „Tag der offenen Gesellschaft (17.06.2018)“ der Anlass und für die beiden Kirchen war das eine ökumenische Einladung an die Menschen der Stadt, in der wir leben. Begleitet wurde die Veranstaltung mit einem vielfältigen Rahmenprogramm.



## 113. Plenarsitzung in Salzgitter, 08.09.-09.09.2018



### PRESSEMITTEILUNG

#### Niedersächsischer Integrationsrat tagt in Salzgitter

Am Samstag/Sonntag, den 08./09. September 2018 tagte der Niedersächsische Integrationsrat (NIR) im AWiSTA-Stadtteilzentrum in Salzgitter. Das Gremium versteht sich als Vertretungsorgan der zugewanderten Bevölkerung in Niedersachsen und hat aktuell 18 Mitgliedskommunen.

ungen ein, mit denen die Stadt Salzgitter im Rahmen Integration der aktuell 6.031 Flüchtlinge konfrontiert ist. Dazu sagte er: „Das ist eine Daueraufgabe, die immense finanzielle Ressourcen benötigt. Salzgitter kann diese Kosten wie viele andere Kommunen nicht ohne Unterstützung der Landesregierung stemmen. Was wir dabei nicht haben ist Zeit!“

Ähnlich sah es Lucy Grimme, die die Sitzung als Mitglied des Vorstandes des NIR eröffnete. Sie verdeutlichte, dass es ein langer Weg zu gegenseitigem Respekt und Toleranz sei und das die Projektfinanzierung für Integration durch Land und Bund langfristig angelegt sein muss.

Im Anschluss trug Katharina Wunderling, die Fachdienstleiterin für Soziales

und Senioren der Stadt Salzgitter zum Thema Integrationsarbeit vor. Sie stellte die lebenslaufbezogene Integrationskette als Strategie der Stadt vor und betonte, dass die Arbeit mit den Neuankömmlingen ab dem ersten Tag beginnt und viel Geld kostet. Besonders lobt die Fachdienstleiterin das starke Ehrenamt in der Stadt und das vernetzte Arbeiten zwischen allen beteiligten Akteuren.

Der NIR tagt drei Mal im Jahr. Im Fokus des ersten Sitzungstages war der Informationsaustausch. Am Sonntag fand der offizielle Teil der Plenarsitzung mit Berichten der Delegierten aus den Gremien und die Delegiertenwahl statt.



**Frank Klingebiel** (Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter) eröffnete die 113. Plenarsitzung des NIR mit einem Grußwort. Er sprach über die Geschichte der Migranten in der Stadt Salzgitter.



**Lucy Grimme** (Vorstandsmitglied des NIR) sprach das Grußwort im Namen des NIR.



**Frau Katharina Wunderling** (Fachdienstleiterin der Stadt Salzgitter für Soziales und Senioren), sprach über die Geschichte der Flüchtlingspolitik der Stadt seit 1945.

„...ohne die Unterstützung von Bund und Land, wäre eine Arbeit, wie es in Salzgitter praktiziert wird, nicht möglich...“

Thematisiert wurde auch die Arbeitslosigkeit der Flüchtlinge in der Stadt. Mit insgesamt 107.000 Einwohner, davon 38.000 Flüchtlinge und Migranten, gibt es eine Arbeitslosigkeit von 10%. OB Frank Klingebiel und Frau Katharina Wunderling stellten sich anschließend einer Fragerunde.





**Katja Thorwarth**, frei Journalistin und Redakteurin der Fankfurter Rundschau



**Frau Katja Thorwarth** (freie Journalistin und Redakteurin der Frankfurter Rundschau), referierte über die Entwicklung der Asyl- und Migrationspolitik in Deutschland. Thematisiert wurden u.a.:

- Flüchtlingspoblem seit 2015
- Lügenpresse (Fake News)
- AFD/ Pegida + Rechte Gruppierungen
- Mit Rechten reden *JA* oder *NEIN*

Im Anschluß an das Referat stellte sich Katja Thorwarth den Fragen der Anwesenden.



**Mustafa Yalcinkaya** (Vorstandsvorsitzender des NIR) eröffnete die 113. Plenarsitzung



Der Vorstand berichtete von der Vorstandarbeit der letzten vier Monate.

**Wahl der Delegierten im Landesfrauenrat**



Links : **Galina Ortmann**  
Rechts : **Gülşan Yalçın** (Vertretung)

**Wahl der Delegierten im Landespräventionsrat**



Links : **Ahmet Özcan**  
Rechts : **Dang Chau Lam** (Vertretung)

**Wahl der Mitglieder in der Landtagskommission Migration und Teilhabe**



Links : **Mustafa Yalcinkaya**  
Rechts : **Lucy Grimme** (Vertretung)



## NDR Summer School 17.09. - 28.09.2018

An der NDR Summer School vom 17. September bis zum 28. September 2018 nahmen 13 Teilnehmer/innen mit Migrationshintergrund teil. Sie kamen unter anderem aus dem Irak, Iran, aus der Ukraine, aus Kenia oder Afghanistan. Ziel des Seminars war es diese Menschen an den deutschen Journalismus heran zu führen, zu zeigen wie Medien in Deutsch-

land arbeiten und warum bestimmte Themen in diesem Land besonders wichtig sind. In Diskussionsrunden, an denen auch Führungspersonlichkeiten aus dem Hause teilnahmen, wurden bestimmte Themen mit den Teilnehmern und Teilnehmerinnen diskutiert und manche programmliche Entscheidungen erläutert. NDR Chefredakteur Andreas Cichowicz, Florian Breitemeier (Redaktion: NDR Kultur / Religion und Gesellschaft, NDR 1 Niedersachsen) und Marie Chlebosch (freie Mitarbeiterin, Redaktion Hallo Niedersachsen, NDR Fernsehen) erläuterten mit ihren Referaten den Alltag eines Journalisten in Deutschland und beim NDR. Auch hier gab es im Anschluss immer eine Diskussionsmöglichkeit, die von allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen gerne wahrgenommen wurden.

Doch das Seminar war keine reine theoretische Veranstaltung. Es wurden Online- und Hörfunk-Beiträge erstellt. Es gab die Möglichkeit eine Fernsehproduktion mit zu verfolgen. Zudem gab es sogenannte Schnupper-Besuche in allen journalistischen Bereichen des Norddeutschen Rundfunks in Hannover. Drei Trainer führten die Teilnehmer/innen durch das Programm. Es gab zudem die Möglichkeit eines individuellen Sprechtrainings. Bei dem täglichen, gemeinschaftlichen Abendbrot wurde dann der Tag nochmals besprochen, Wünsche in das Seminarprogramm mit aufgenommen oder Kritik verarbeitet.



Fotos: NDR



## Gemeinsam Migrationsgesellschaft gestalten



Foto: Sabine Bertram (LVHS)

Achim Weber (NIR) und Berbel Unruh (LVHS)

### PRESSEMITTEILUNG

Die Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die wachsende Vielfalt impliziert für Volkshochschulenein breites Themenspektrum, verändert Angebotsformate sowie eine ausdifferenzierte Zielgruppensprache. Migrantinnen und Migranten hingegen fehlen häufig umfassende Kenntnisse des Bildungssystems und möglicher Fort- und Weiterbildungswege. Um die Kommunikation an dieser Schnittstelle zu intensivieren, haben der Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens e.V. und der Niedersächsische Integrationsrat am 18. September 2018 eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Ziel der Vereinbarung ist es sich im engen Austausch zu informieren und zu unterstüt-

zen, gemeinsam Migrationsgesellschaft zu gestalten sowie das Bildungsangebot der Volkshochschulen auf die (Bildungs-) Bedarfe aller in Deutschland lebenden Menschen hin weiterzuentwickeln. Weiterbildung trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei, wenn die verschiedenen Angebote die Bildungsbedürfnisse der einheimischen Bevölkerung und der Zugewanderten gleichermaßen im Fokus haben, so sind sich sowohl Berbel Unruh (Landesverband Volkshochschulen) als auch Achim Weber (Niedersächsischer Integrationsrat) einig. Aus diesem Grundsollen im Rahmen der Kooperation gemeinsam Bildungsprozesse und Projekte zu migrationsrelevanten Themen initiiert werden.

Wie auf unserer Plenarsitzung am 03. Juni 2018 im Landesfunkhaus Hannover beschlossen, haben der Landesverband der Volkshochschulen und der Niedersächsische Integrationsrat eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Wir freuen uns auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Achim Weber (Geschäftsführer)

### Weitere Informationen:

Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsen e.V.  
Bödekerstraße 16  
30161 Hannover  
0511-300 330 50  
info@vhs-nds.de

Niedersächsischer Integrationsrat  
Geschäftsstelle Bildungsbereich Soziales und Kommunikation e.V.  
Wedekindstraße 14  
30161 Hannover  
0511-338 798 54  
nds-integrationsrat@nds-integrationsrat.de

## Mehrsprachigkeit an Schulen



Dr. Michael Bax (Schulleiter der Leonore-Goldschmidt-Schule) eröffnete die Veranstaltung mit einem Grußwort an die Anwesenden.

### Presseinformation des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR)

Auf Initiative des Niedersächsischen Integrationsrates, der Föderation Türkischer Elternvereine in Niedersachsen, des Verbands „Polnische Journalisten in Deutschland“, des Verbindungsbüros der polnischen Vereine in Hannover und Niedersachsen e. V. sowie des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften findet am 19.10.2018 eine Fachtagung zum Thema „Mehrsprachigkeit an Niedersachsens Schulen“ statt:

Die Veranstaltung beginnt mit Grußworten des Schulleiters Dr. Michael Bax, des Kultusministers Hendrik Tonne und des NIR-Vorsitzenden Mustafa Yalcinkaya, gefolgt von einem Fachvortrag von Prof. Dr. Elke Montanari von der Universität Hildesheim. Im zweiten Teil der Fach-

tagung diskutieren u. a. die Landtagsabgeordnete Mareike Wulf (CDU), Stefan Politze (SPD) und Belit Onay (Bündnis 90/Die Grünen) über die Entwicklungen seit Einführung des Erlasses „Förderung von Bildungserfolg und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache“ im Jahr 2014. Hintergrund: Eltern mit Zuwanderungsgeschichte wünschen sich im Schulkontext neben einem Bildungserfolg für ihre Kinder insbesondere auch die Vermittlung ihrer Erstsprache. Es ist unbestritten, dass Sprache ein Teil von Kultur ist und das Beherrschen der Erstsprache bzw. Familiensprache einen positiven Beitrag zur Herausbildung einer persönlichen und kulturellen Identität beitragen kann. Die Bedeutung von Mehrsprachigkeit für den Bildungserfolg wurde vielfach wissenschaftlich evaluiert und bestätigt.



**Hintergrund:** Eltern mit Zuwanderungsgeschichte wünschen sich im Schulkontext neben einem Bildungserfolg für ihre Kinder insbesondere auch die Vermittlung ihrer Erstsprache. Es ist unbestritten, dass Sprache ein Teil von Kultur ist und das Beherrschen der Erstsprache bzw. Familiensprache einen positiven Beitrag zur Herausbildung einer persönlichen und kulturellen Identität beitragen kann. Die Bedeutung von Mehrsprachigkeit für den Bildungserfolg wurde vielfach wissenschaftlich evaluiert und bestätigt.

liensprache einen positiven Beitrag zur Herausbildung einer persönlichen und kulturellen Identität beitragen kann. Die Bedeutung von Mehrsprachigkeit für den Bildungserfolg wurde vielfach wissenschaftlich evaluiert und bestätigt.



**Mustafa Yalcinkaya** (Vorsitzender des NIR) begrüßte die Anwesenden



**Achim Weber** (Geschäftsführer des NIR) im Gespräch mit Kultusminister **Grant Hendrik Tonne** (zweiter v.l.)



Kultusminister **Grant Hendrik Tonne** sprach zu den Anwesenden.



Fachvortrag von **Prof. Dr. Elke Montanari** von der Universität Hildesheim



Im zweiten Teil der Fachtagung diskutieren u. a. die Landtagsabgeordnete Mareike Wulf (CDU), Stefan Politze (SPD) und Belit Onay (Bündnis 90/Die Grünen) über die Entwicklungen seit Einführung des Erlasses „Förderung von Bildungserfolg und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache“ im Jahr 2014.

## Niedersachsen packt an

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“, initiiert vom Deutschen Gewerkschaftsbund, den beiden großen christlichen Kirchen in Niedersachsen und den Unternehmerverbänden Niedersachsen sowie der niedersächsischen Landesregierung, wurde am 30.11.2015 ins Leben gerufen und verfolgt seither das Ziel, gemeinsam die Integration von Geflüchteten voranzubringen.

Unter dem Motto: „Zusammen. Mehr.“ hatte Ministerpräsident Stephan Weil im Namen des Bündnisses heute anlässlich des 3. Jahrestages zu einer zentralen Veranstaltung ins Convention Center auf dem Messegelände Hannover eingeladen.

Ministerpräsident Stephan Weil wies in seinem Grußwort vor den rund 500 Gästen darauf hin, dass nur durch gemeinsames Engagement die großen Aufgaben der Gesellschaft erfolgreich bewältigt werden können, nach dem Motto „Zusammen. Mehr.“. Das bundesweit einmalige Bündnis trage durch seine vielen Engagierten und Unterstützer, die Initiativen und Projekte, und nicht zuletzt die Bündnispartner selbst zu einer hohen Akzeptanz für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Niedersachsen bei und schaffe gemeinsam das, was alleine nicht möglich wäre. „Unglaublich viele Menschen und Organisationen haben bislang im Bündnis mit angepackt und damit auch eine klare Haltung gezeigt: Alle Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion sollen friedlich miteinander in diesem Land leben können - für Rassismus und Ausgrenzung ist kein Platz in Niedersachsen. Allen Beteiligten gilt dafür mein herzlicher Dank.“

Seit 2015 habe das beeindruckende Gemeinschaftswerk „Niedersachsen packt an“ mit seinen knapp 3000 Unterstützern viel Positives auf den Weg gebracht und Großartiges erreicht, so der Ministerpräsident. Integration benötige jedoch einen langen Atem. Deshalb werde die Landesregierung den eingeschlagenen Kurs gemeinsam mit den Bündnispartnern fortsetzen.

Bei der Veranstaltung im Convention Center blickten die Bündnispartner auf das gemeinsam Erreichte zurück.

Mit bisher insgesamt 28 Integrationskonferenzen und Fachtagungen hat das Bündnis knapp 3000 Akteurinnen und Akteure erreicht. Im Nachgang zu diesen Veranstaltungen konnte gemeinsam mit den Beteiligten durch viele Maßnahmen die Integration der Geflüchteten in Niedersachsen vorangebracht werden (Auszug):

- Niedersachsen hat als einziges Bundesland eigene Basissprachkurse initiiert, von denen fast 60.000 Ge-



flüchtete profitieren konnten. Zudem wurden 1.500 zusätzliche Lehrkräfte und 2.900 Sprachbegleiterinnen und Sprachbegleiter ausgebildet.

- Im Rahmen des „Integrationsprojekts Handwerkliche Ausbildung für Flüchtlinge und Asylbewerber“ (IHA-FA) haben mehr als 600 Geflüchtete eine Handwerksausbildung begonnen. Die gleiche Zahl konnte in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder Einstiegsqualifizierungen vermittelt werden.

- Aus dem Wettbewerb „Wohnraum schaffen“ werden bereits Preisträgerentwürfe gebaut. Es werden 600 neue Mietwohnungen entstehen.

- Mehr als 6.600 Schülerinnen und Schüler haben von SPRINT und SPRINT-Dual profitiert, einem Projekt das jugendlichen Flüchtlingen hilft, Sprachbarrieren abzubauen und mit der Berufs- und Arbeitswelt vertraut

zu werden.

- Es wurden 27.500 Lehrbücher, kostenlose Materialien und Qualifizierungen bereitgestellt.

- Es ist ein Programm für „Kultur-Sprachkurse“ entstanden, das Sprachkurse mit kulturellen und Teilhabeangeboten kombiniert. Niedersachsenweit finden 89 Kurse statt, gefördert mit über drei Millionen Euro. Die Kurse führen zum Sprachniveau B2.

Unter der Fragestellung „Integration QUO VADIS“ diskutierten die Bündnispartner in einer Talkrunde über den Status quo, gaben aber auch einen Ausblick auf die kommenden Jahre. Integration sei auch weiterhin eine Gemeinschaftsaufgabe, die nur im vereinten Schulterschluss von Politik und Gesellschaft, von allen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Ebenen bewältigt werden könne. Die Arbeit in den bereits bestehenden Handlungsfeldern müsse fortgeführt und zugleich neue Akzente gesetzt werden. Neue Schwerpunkte werden die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse sowie die Betreuung junger Geflüchteter beim Übergang von der Schule zum Beruf sein, etwa durch zusätzliche Begleiter in der Ausbildung. Darüber hinaus will das Bündnis künftig die spezifischen Bedarfe und Perspektiven geflüchteter Frauen noch stärker berücksichtigen.

*Nds. Staatskanzlei  
Planckstraße 2  
30169 Hannover  
pressestelle@stk.niedersachsen.de*



## Abend der Begegnung in Garbsen



Wenn sich das Jahr zu Ende neigt, lädt der **Integrationsbeirat der Stadt Garbsen** Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Integration einsetzen, zu einem **ABEND DER BEGEGNUNG** ein, um Ihnen Dank auszudrücken.



**Monika Probst**, Schul- und Sozialdezernentin der Stadt Garbsen, begrüßte alle Anwesenden. In ihrer Rede erwähnte sie u.a. den von der Stadt Garbsen entwickelten Masterplan Integration.



Die Vorsitzende des Integrationsbeirates Garbsen, **Bernadette Zettelmann**, berichtete über die Arbeit des Integrationsbeirates des zurückliegenden Jahres.



**Bernadette Zettelmann** und **Barbara Wilhauck-Wilken**, Geschäftsführerin des Integrationsbeirates, bedankten sich bei **Foad Kazemzadeh**, dem ehem. Vorsitzenden des Integrationsbeirates für seine bisherige und die laufende Unterstützung.



Für den kulinarischen Genuss sorgte **Guiliano Michaeli**, Mitglied des Integrationsbeirates mit seinem Team.

## Diversity Management

Diversity Management – eine Veranstaltung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Der Workshop „Diversity Management“ fand am 25.10.2019 im Industriegewerkschaftshaus Hannover statt, wurde vom Dr. Inke Du Bois durchgeführt und richtete sich primär an Organisationen und Verbände, die mit Themen von Diversity durch ihre Arbeit in Berührung stehen.



**"Diversity-Management" für das  
Nds. Ministerium für Soziales,  
Gesundheit und Gleichstellung**

Dr. Inke Du Bois  
SiN Studieninstitut des Landes Niedersachsen  
Hannover, den 25.10.2018  
Kontakt: [dubois@uni-bremen.de](mailto:dubois@uni-bremen.de)

Anwesend waren Mitarbeiter\*Innen von der Arbeitsgemeinschaft für Migrantinnen und Migranten Niedersachsen, eine Mitarbeiterin vom Bildungs- und Integrationsbüro Lüneburg sowie Mitarbeiterinnen vom Flüchtlingsrat Niedersachsen und Antonia Martin Sanabria vom Niedersächsischen Integrationsrat.

Bei Ihrem Vortrag machte Dr. Du Bois als einen Schwerpunkt deutlich, dass es zu Zweifach- oder Dreifachdiskriminierungen kommen kann, wie beispielsweise auf Grund der Herkunft, der Religion und der Weltanschauung oder auch auf Grund des Geschlechts.

Im alltäglichen Leben erfahren einzelne Menschen immer wieder, bezogen auf verschiedene Kategorien, diese Mehrfachdiskriminierung. Die Mehrfachdiskriminierung wird unreflektiert auf Menschen übertragen und ist Teil von alltäglich praktizierten Abläufen. Menschen, die eine Mehrfachdiskriminierung erfahren, müssen dadurch eine Benachteiligung in verschiedenen Lebensbereichen in Kauf nehmen. Wer zu der Gruppe der Benachteiligten gehört entscheidet die dominierende Gruppe der Gesellschaft. Privilegiert ist laut aktuellen Untersuchungen nach wie vor der weiße, deutsche Mann, berichtete Dr. Du Bois.

Ein weiteres Thema war die Bedeutung von Sprache für eine soziale Positionierung. Dr. Du Bois zeigte auf, welchen Einfluss die Sprachkenntnisse auf die Akzeptanz in einer Gesellschaft haben. Sie legte dar, dass eine Sprachhierarchie vorhanden sei, in der Menschen eingeordnet werden. So werden Menschen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind oder aber auch lediglich einen Akzent haben, in der gesellschaftlichen Hierarchie abgestuft. So konnte Dr. Du Bois in einer wissenschaftlichen Untersuchung, bei der es darum ging sich auf Wohnungen zu bewerben, feststellen, dass Menschen die nicht perfektes Deutsch sprachen, von einer starken Diskriminierung betroffen waren. Als Ergebnis konnte Dr. Du Bois feststellen, je geringer die Deutschkenntnisse, um so unwahrscheinlicher war es eine Zusage für eine Wohnung zu bekommen und umso stärker war die Diskriminierung.

Während des Workshops gab es unter den Teilnehmenden Gelegenheit Fachwissen und Erfahrungen auszutauschen.

Einer der Teilnehmenden, Abdel Rahmen, berichtete, dass er im Rahmen seiner Arbeit die Beobachtung machen konnte, dass viele Menschen mit Migrationsgeschichte Angst vor einem Integrationszwang haben. Wobei damit eine Zwang gemeint sei oder die Erwartung, sich an ein konstruiertes Bild des deutschen Stereotypen assimilieren zu müssen und die eigene Individualität dabei abgeben zu müssen.

Weiter berichtete der Teilnehmer, dass insbesondere Männer, die dem arabischen und afrikanischen Stereotyp entsprechen, in ihrem alltäglichen Leben immer wieder die Erfahrung machen müssen, als mögliche Gefährder kategorisiert zu werden und so selbst eine Angst vor der Polizei entwickeln, da sie immer wieder unbegründet Opfer von Polizeikontrollen werden.

Als Strategie gegen diese und weitere Diskriminierungsmuster legte Dr. Du Bois, dar, dass es wichtig sei, diese zunächst einmal zu Erkennen und eine Diskriminierung auf Grund von einer Stereotypisierung nicht als selbstverständlich anzunehmen. Dazu wurden während des Workshops verschiedene Übungen durchgeführt. In einem weiteren Schritt könnten, nach dem Erkennen von Diskriminierung, verändernde Handlungen durchgeführt werden, die Diskriminierungsmuster durchbrechen.

Foto und Text: Antonia Martin Sanabria





Auf Einladung der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe, Frau Doris Schröder-Köpf, nahmen am 17.12.2018 vier Mitglieder des NIR am allgemeinen Austausch mit den niedersächsischen Migrantenselbstorganisationen und Kultusminister Grant Hendrik Tonne teil. Der NIR wurde von seinem Vorsitzenden Mustafa Yalcinkaya, den Vorstandsmitgliedern Lucy Grimme und Dang Chau Lam sowie der Delegierten im Landesfrauenrat Galina Ortmann vertreten.



Fotos: nds. Staatskanzlei

MEDIEN - INFORMATION

Premiere im Glockenhaus:  
Hansestadt und Landkreis Lüneburg verleihen Integrationspreis

Bis in die letzten Reihen war das Lüneburger Glockenhaus gefüllt: Die Verleihung des ersten Integrationspreises von Hansestadt und Landkreis Lüneburg hat am Dienstag (18. Dezember 2018) weit mehr als 200 Menschen zusammengebracht. Sie verfolgten mit Spannung, an wen der Integrationsbeirat die Auszeichnung für ehrenamtliches Engagement überreichen würde. Nominiert waren zwölf Personen und acht Projekte, die innerhalb des Landkreises den kulturellen Austausch in der Gesellschaft voranbringen. Am Ende wurden diese beiden Gewinner gekürt:

Moritz Reinbach (Kategorie Einzelperson): Der Student hat in Lüneburg die „No Border Academy“ und das „Welcome and Learning Center“ mitgegründet. Dank dieser Projekte erhalten Geflüchtete Zugang zu Bildung und Studium. Zudem engagiert er sich im „mosaique – Haus der Kulturen“ und in der „Willkommensinitiative“. Da Moritz Reinbach derzeit in Dänemark studiert, nahm sein Freund Amin Aslan die Auszeichnung - den silbernen Giebel – entgegen. Ebenso gerührt wie auch begeistert erklärte der Geflüchtete aus Afghanistan: „Um anderen Menschen zu helfen, hat Moritz sogar sein Studium verlängert. Er berät nicht nur, er begleitet die Menschen – so auch mich persönlich.“

Internationaler Frauentreff (Kategorie Projekte): Der Verein aus Kaltenmoor steht für ein Miteinander der Kulturen. Alle zwei Wochen treffen sich Frauen mit oder ohne Migrationshintergrund zum Austausch, Basteln oder Kochen, es gibt Beratungsangebote und verschiedene Kurse. Geleitet wird der Internationale Frauentreff seit elf Jahren von Birgit Wölki, an sie wurde der Preis stellvertretend übergeben: „Integration bedeutet, dass alle aufeinander zugehen und nicht, dass sich nur eine Seite anpassen muss“, betonte sie. Der Verein erhält nun eintausend Euro, gestiftet durch die niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung.

Organisiert wurde die Verleihung vom gemeinsamen Integrationsbeirat der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg. Ziel war es, Menschen und deren Engagement für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Vordergrund zu rücken. „Es freut mich gleichzeitig, dass sich auch die Mitglieder des neuen Integrationsbeirats der Öffentlichkeit vorstellen konnten“, fasste Mitorganisatorin Karin Kuntze vom Bildungs- und Integrationsbüro nach der Verleihung zusammen. „Die Veranstaltung war so gelungen, dass es mit Sicherheit im kommenden Jahr eine Neuauflage geben wird.“



Freuten sich über die Auszeichnung: Amin Aslam, der stellvertretend für Moritz Reinbach den Preis entgegennahm und Birgit Wölki vom Internationalen Frauentreff Kaltenmoor.

Foto und Text: Landkreis Lüneburg





**nir**

Niedersächsischer  
Integrationsrat ●

**2018**